Bezugspreis:
Halbmonatlich in Neuenbürg 75 Goldpfennige. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländ. Verkehr 75 Goldpfennig m. Postbestellgebühr. Preise freibleibend, Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfennige.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile od. deren Raum im Bezirk 15, außerh. 20 Goldpfennig mit Ins.-Steuer. Kollektanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 2 Mill. M. Reklame-Zeile 50 Goldpfennig.
Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der in Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.
Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früher. Vereinbarungen außer Kraft.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 86. | **Neuenbürg, Donnerstag, den 10. April 1924.** | **82. Jahrgang.**

Deutschland.

Stuttgart, 9. April. In einer Mitgliederversammlung der Bürgerpartei wurden als Kandidaten für den Wahlkreis Stuttgart an vorderster Linie aufgestellt: Regierungsrat Bazille, Fabrikant Fritz Wider, Verwalter Hermann Hiller, Albert Rehr, Vorstandsmitglied des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes und Oberregierungsrat Rösler.

Stuttgart, 8. April. (Gegen den Schul- und Beamtenabbau.) Die Erklärung des Kultministers Dr. Hieber, daß der Abbau auf dem Gebiete des Schulwesens nur dann tragbar sei, wenn bei allen Verwaltungen, also auch bei den Oberämtern, die Abbaumaßnahmen durchgeführt werden, hat verschiedentlich zu Forderungen ermutigt, mit dem Abbau da und dort Halt oder ihn sogar rückgängig zu machen. So verlangt die kog. Volksschulkammer, eine Abteilung des Lehrervereins, im Geschäftsbereich des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens sämtliche Abbaumaßnahmen bis zum Vollzug der Verordnung über den Abbau der Oberämter auszusetzen und die schon ergangenen, auf den Schulabbau bezüglichen Erlasse zurückzunehmen. Eine ähnliche Forderung stellt der württ. Philologenverein, und der württ. Beamtenbund möchte, daß die Personalabbauverordnung sofort außer Kraft gesetzt, die bereits entlassenen Beamten soweit möglich wieder eingestellt und die in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamten wieder verwendet werden. Diese Wünsche werden allerdings vergebens auf Erfüllung warten.

Karlsruhe, 9. April. Die Kandidatenliste des badischen Zentrums, deren erste Namen kürzlich schon mitgeteilt worden sind, liegt jetzt in größerem Umfange vor und umfaßt in den ersten zehn Stellen folgende Persönlichkeiten: Reichskanzler a. D. Fehrenbach in Freiburg, Reichskanzler a. D. Dr. Wirth in Freiburg, Landwirt Dies in Radolfzell, Gewerkschaftssekretär Erisng in Karlsruhe, Landwirt und Bürgermeister Anton Damm in Wagenschwend, Direktor Sommer bei der Landeswirtschaftsstelle für das badische Handwerk in Karlsruhe, Frau Klara Philipp in Karlsruhe, Baurat Büchner in Ettmendingen, Gutsbesitzer und Landtagsabgeordneter Duffner in Furtwangen und Landgerichtsrat und Landtagsabgeordneter Rüger in Heidelberg. — Der Inhaber der sechsten Stelle, Handwerkskammerpräsident Isenmann-Bruchsal, hat es abgelehnt, wieder zu kandidieren.

München, 9. April. Dr. Weber, der bisher Assistent an der Veterinär-Hochstelle in München war, soll nach völkischen Blättermeldungen auf Veranlassung des bayerischen Kultusministeriums aus seiner Stellung entlassen worden sein. Dr. Weber hat mit Hitler zusammen den Novemberputsch gemacht. — Ueber den Aufenthalt der im Hitler-Prozeß Verurteilten, die bekanntlich in Landsberg sind, weiß die völkische Presse zu melden, daß jeder sein eigenes Zimmer und alle gemeinsam einen Raum zum Speisen und zum Empfang von Besuchern haben. Wöchentlich sind sechs Stunden Besuchszeit und täglich fünf Stunden Spaziergang vorgesehen. Die Zuschriften an die drei Festungsgefangenen werden vorher gelesen.

München, 9. April. Die Frage der Regierungsbildung ist durch den neuen Landtag klarer und doch wieder ungünstiger geworden. Klarer insofern, als man jetzt wohl mit Bestimmtheit annehmen kann, daß die Bayerische Volkspartei die Teilnahme an der Regierung ablehnen will. Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz sagt nämlich parteioffiziös: „Die natürlich gegebene Sachlage ist doch die, daß diejenigen Parteien, die im Wahlkampf in so einheitlicher Front gegen uns standen und die so ungehindert Verbrüderung feierten, zusehen, wie sie die politischen Konsequenzen aus ihrem Verhalten und aus ihren Wahlerfolgen ziehen und eine regierungsfähige Mehrheit zusammenbringen. Die Bayerische Volkspartei dürfte keinen Anlaß haben, sich in die freundnachbarliche Lösung dieser Vorfrage einzumischen." Man kann daraus schließen, daß die Bayerische Volkspartei erneut das bayerische Volk zur Wahlurne rufen will.

Berlin, 8. April. Der Reichsfinanzminister teilt mit: Mit Rücksicht auf die besonderen Schwierigkeiten, die diesmal die Ausführung der Vermögenssteuererklärung den Landwirten im Hinblick auf die Beantwortung der Frage der Wehrbeitragswerte und den Gewerbetreibenden im Hinblick auf die Umstellung der Bewertung in Goldmark bereitet, ist die Frist zur Abgabe der Vermögenssteuererklärung bis 30. April verlängert worden. Es kann nunmehr erwartet werden, daß die Steuererklärungen mit der durch die Finanzlage des Reiches dringend gebotenen Gewissenhaftigkeit ausgefüllt, rechtzeitig eingereicht und die mit der Steuererklärung fälligen Beträge unmittelbar nach Fertigstellung der Steuererklärung entrichtet werden.

Berlin, 9. April. Die Einleitung des Landesverratsverfahrens gegen den „Vorwärts" hat zunächst einmal die Folge gehabt, daß der „Vorwärts" heute den Brief des Herrn Götz mit allen seinen phantastischen Angaben über die Waffen- und Munitionslager in München wortwörtlich von neuem abdruckt. Die Rolletsche Schnüffelkommission soll nämlich um jeden Preis von neuem in Aktion gesetzt werden.

Aus der Pfalz.

Vom französischen Militärgericht in Kaiserslautern wurden neun Personen von Rockenhausen, die sich am 2. Februar 1924 wegen der Festnahme des Landwirts Peter Grogo in der Nähe des Bezirksamts aufgehalten hatten, unter der Anklage der Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung meist zu Geldstrafen von 50 Goldmark verurteilt. Ein weiterer Angeklagter namens Friedrich Fuhrmann aus Rockenhausen erhielt drei Monate Gefängnis und eine Geldstrafe von 550 Goldmark oder weiteren drei Monaten und 25 Tagen Gefängnis und Kaufmann Gaß acht Tage und 100 Mark Geldstrafe. — Die früheren separatistischen Gendarmen Müller, Gabelmann, Zäuner, Lohrer und Ziehmer von Rockenhausen wurden von der Regiebahn als Schrankenwärter übernommen. Auch daraus geht hervor, daß die Separatisten immer noch Liebkind bei den Franzosen sind. Die da und dort etwa verbreitete Nachricht, daß in der Pfalz jetzt Friede und Ruhe eingekehrt sei, daß nun alles in schönster Ordnung wäre und man von den Separatisten nichts mehr spure, ist vollkommen irrig. — Nach der „Pfälzischen Freien Presse" wird Pirmasens Garnisonstadt werden. Ein Bataillon französisches Militär wird ständig nach Pirmasens verlegt. Ungefähr 50 Wohnungen sollen für Vorgesetzte belegt werden.

Neustadt a. d. H., 8. April. Unter Nachlaß ihrer Reststrafen entließen die Franzosen die während des Rhein- und Ruhrkampfes verurteilten Gendarmeriebeamten, Sicherheitskommissar Settelmeier aus Lachen, Stationskommandant Sacherl und Wachtmeister Ruckriegel, beide aus Neustadt, aus dem Gefängnis. Dem vor etwa einem Jahr ausgewiesenen Direktor Moos des hiesigen Postamts wurde von der Rheinlandkommission die Rückkehr in die Pfalz gestattet. Direktor Moos hat die Leitung des Postamts hier wieder übernommen.

Demokratischer Parteitag.

Am Samstag, 5. April, wurde in Weimar der Parteitag der Deutschen demokratischen Partei durch den Reichsminister a. D. Koch eröffnet, der für den ausscheidenden Dr. Petersen zum Vorsitzenden der Partei gewählt wurde. Er führte aus, daß im Augenblick alle Blicke Deutschlands auf die Entscheidung in der Außenpolitik gelenkt seien, daß sich das deutsche Volk aber auch mit den Prozessen in Dresden und München beschäftige. Auch in Zukunft drohen aus München einer ruhigen Entwicklung unseres Staates und unserer Wirtschaft Gefahren. Auch wir ehren den Feldherrn Ludendorff. Wir bedauern, daß in unserem Wahlaufruf infolge eines versehentlichen Zusammenziehens zweier Sätze die Namen Ludendorff und andere in eine Verbindung mit gemeinen Verbrechern geraten sind. Wirklichkeitssinn brauchen wir vor allem auf dem Gebiete der Außenpolitik. Die Politik der Deutschnationalen ist Phrase. Bundesgenosse in der Verständigungspolitik ist heute auch die Deutsche Volkspartei. Sie hat umgelernt und will mit uns durch Arbeit und Opfer zur Freiheit. Tatsächlich setzt der Außenminister Stresemann die Politik der letzten fünf Jahre fort. Auch die Deutschnationale Volkspartei wird, wenn sie an der Regierung ist, da sie einem Revanchekrieg ausweicht, diese Politik zu machen versuchen müssen. Heute hat das Volk zu entscheiden, ob eine Verständigung versucht werden soll, die es uns ermöglicht, auf ärmlichem aber sicherem Boden wieder aufzubauen oder ob das Elend der letzten fünf Jahre sich fortsetzen soll. Unseren Brüdern im besetzten Gebiet sind wir schuldig, jedes Opfer an Geld zu bringen, um sie frei zu machen oder ihr Geschick zu erleichtern. Ferner erklärt der Redner, daß die Partei mit der Nachprüfung der Hypothekenaufwertungsverordnung und der Beamtenabbauverordnung einverstanden sei. Die wichtigsten Aufgaben des neuen Reichstags sind Verhütung einer neuen Inflation, die Lösung von unseren Feinden und die Wahrung der Einheit und der Autorität des Reiches. Der neue Reichstag wird sich auch mit einer Reform des Parlamentarismus zu beschäftigen haben, wie wir sie im letzten Reichstag durch unsere Anträge bei Beratung der Geschäftsordnung vergeblich anzubahnen versucht haben. Zur Demokratie stehen wir unwandelbar, aber ihre parlamentarischen Ausdrucksformen sind fließend. Das gegenwärtige Wahlrecht führt nicht zur Führerauslese und wird der Bedeutung der Persönlichkeit nicht gerecht. Auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens ist für die Demokratie ein unabhängiger Mittelstand unerläßlich. Es gilt auch dahin zu wirken, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Geiste der Volksversöhnung miteinander verkehren. Die Hebung des Beamtenstandes, die Erhaltung des Kleinrentnerstandes, die Schaffung eines ländlichen Mittelstandes durch tatkräftige Siedlung sind notwendig, um ein wirtschaftlich unabhängiges Staatsbürgertum der Demokratie zu erhalten. Vor allem muß verhütet werden, daß der Staat der Wirtschaft untertan wird. Alle Aufgaben werden sich im neuen Reichstag nur lösen lassen, wenn er so zusammengesetzt ist, daß sich eine feste Mehrheit bilden kann. Von einer überparteilichen Regierung, wie zur Zeit Cunos, haben wir genug. Von einem Bürgerblock befürchten wir dieselbe Ratlosigkeit gegenüber den Rechtsrevolutionären in Bayern. Nur Regierungen der Mitte sind auf absehbare Zeit möglich. Die viel totgesagte Deutsch-demokratische Partei steht fester und einiger da als je. Als nächster Redner sprach über Staat und Wirtschaft Abg. Fischer-Köln. Der Parteitag wurde in den Abendstunden abgebrochen und am 9 Uhr vormittags am Sonntag mit Vorträgen von Gewerkschaftsführer Schneider über „Staat und Wirtschaft", von Staatsminister Rönneburg über „Volk und Boden", von Oberlehrerin Leckmann über die „Erhaltung der Kultur im verarmten deutschen Staat" u. a. fortgesetzt. In den Abendstunden des Samstags fanden eine Reihe von Sondertagungen statt. In der Beurteilung der Münchener Ereignisse war die Zuhörerschaft vielfach weit schärfer als der Redner Koch. —

Im Anschluß an den Parteitag fand eine große Kundgebung für Reich und Republik statt. Hier sprachen Dr. Haas-Karlsruhe über den „Kampf um die Weimarer Verfassung, die Lebensfrage Deutschlands", Pfarrer Lic. Theol. Moehring-Breslau über: „Demokratie als Weltanschauung" und Abg. Erkelenz über „Deutschlands nationale Aufgaben". Ueber die angenommenen Anträge zur Pflege des nationalen Gedankens, des Gelöbnisses der Treue zu den schwer ringenden Volksgenossen an Rhein und Ruhr, zur Pflege des nationalen Gedankens und den Kampf für Deutschlands Freiheit nach außen und Deutschlands Gleichberechtigung unter den großen Völkern der Welt berichteten wir bereits in der Dienstagnummer.

Ausland.

London, 9. April. In London rechnet man mit monatelangen Verhandlungen der Regierungen über die Sachverständigenberichte. — England verlangt, daß die Erledigung der deutschen Entwaffnungsnote bis nach den Reichstagswahlen verschoben werde.

Eine Pariser Stimme zur bayerischen Wahl.

Paris, 9. April. Die endgültigen Ergebnisse der Bayerischen Landtagswahlen haben den „Tempo" sichtlich beruhigt. Das Organ des Nationalblocks ist sehr zufrieden, daß die äußerste Linke in Bayern nicht schlecht abgeschnitten hat. Es zieht aus den Wahlen den Schluß, daß man auf ein ähnliches Resultat bei den Reichstagswahlen hoffen kann. Man sollte, so schreibt der „Tempé", dessen Hetze gegen die Berliner Regierung genügend bekannt ist, der deutschen Republik wieder eine Chance geben. Diese Chance soll darin bestehen, daß man dem deutschen Volke begreiflich macht, es wäre besser, sich friedlich mit Frankreich zu einigen, als einen Krieg vorzubereiten.

Gespannte Lage zwischen Rußland und Rumänien.

Paris, 9. April. Wie dem Matin aus Belgrad mitgeteilt wird, herrscht in serbischen Regierungskreisen die Auffassung vor, daß die Beziehungen zwischen Rumänien und Rußland wegen der bessarabischen Frage aufs äußerste gespannt sind, und es heißt, daß die Ministerpräsidenten der kleinen Entente lebhafte Sorge darüber empfinden. Die polnische, tschechoslowakische und südslavische Regierung haben aus Bukarest Nachrichten erhalten, aus denen hervorgeht, daß die Russen an der bessarabischen Grenze kriegerische Vorbereitungen treffen. Belgrader Blätter veröffentlichen Telegramme aus Bukarest, die besagen, daß ukrainische Freiwillige die Grenze in mehreren Fällen überschritten und die rumänischen Grenzposten angegriffen haben. In zahlreichen rumänischen Städten ist der Belagerungszustand verkündet worden. — Der Besuch des rumänischen Königs in Paris gilt dem Abschluß eines französisch-rumänischen Freundschaftsbündnisses.

Teilnahme Deutschlands an der Reparationskommission.

Paris, 9. April. Bei der Uebergabe des Berichts der beiden Sachverständigen-Ausschüsse am Mittwoch vormittag werden General Dawes, Mac Kenna und Barthou kurze Ansprachen halten. Wie in informierten Kreisen verlautet, wird die Reparationskommission unmittelbar nach der Verkündung der Sachverständigenbeschlüsse auf Grund des Artikels 234 des Versailler Vertrags zu beschließen haben, ob deutsche Vertreter eingeladen werden sollen, um sich zu den Vorschlägen der Sachverständigen zu äußern. Es steht fest, daß die Reparationskommission sich in bejahendem Sinn äußern wird. Jedenfalls hat aber Deutschland das Recht, auf der Vorladung von Delegierten zu bestehen. Die aus London hier eingetroffenen Berichte über gewisse Bedenken der englischen Regierung gegen die endgültige Fassung der Sachverständigenbeschlüsse werden von den französischen Politikern mit Erstaunen aufgenommen. Man ist der Ansicht, daß die Schwierigkeiten, die in England momentan wegen der Durchführung der Sachverständigenbeschlüsse auftauchen, nicht berechtigt seien. Poincare sei keineswegs geneigt, die militärische Besetzung des Ruhrgebiets aufzugeben, und der englische Standpunkt, daß die militärische Besetzung des Ruhrgebiets aus Sicherheitsgründen nicht nötig sei, wird hier nicht geteilt. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" schrieb gestern, daß der französische Generalstab nur die Wacht am Rhein aus Sicherheitsgründen für nötig halte. Dies wird hier bestritten. Man hält auch die Besetzung des Ruhrgebietes bis auf weiteres für nötig.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 9. April. Aus Kassenkreisen wird geschrieben: Die Reichsbank ruft die einseitig bedruckten Scheine über 10 Billionen mit Datum vom 1. November 1923, sowie die Scheine unter 100 Billionen mit Datum vom 26. Oktober 1923 zur Einlösung auf und bestimmt den 20. April 1924 als letzten Einlösungstag. Auf diesen Tag fällt aber das Osterfest, es besteht also gar keine Möglichkeit, an diesem Tage die Scheine noch an den Mann zu bringen. Außerdem ist damit zu rechnen, daß die Banken und wohl auch verschiedene öffentliche Kassen am Samstag, den 19. April, geschlossen haben. Unter diesen Umständen empfiehlt es sich, mit der Einlösung nicht bis zum letzten Tag zuzuwarten, sondern die Scheine womöglich bis 16. April umzutauschen.

Neuenbürg, 10. April. Kommenden Samstag veranstaltet die Ortsgruppe Neuenbürg der Vereinigten vaterländischen Verbände Württembergs einen Vaterländischen Abend und eine Gedächtnisfeier zum 109. Geburtstag des Altreichskanzlers Bismarck. Die Veranstaltung ist als eine vaterländische Kundgebung gedacht und verfolgt keinerlei parteipolitischen Zweck. Als Hauptredner ist der Vorsitzende der Verein. Vaterländischer Verbände Württembergs, Herr Alfred Roth, Stuttgart, gewonnen. Die Veranstaltung wird von vaterländischen Liedern und Gedichten, sowie von Musikvorträgen der Feuerwehrkapelle Neuenbürg würdig umrahmt sein. (Siehe heutiges Inserat.)

Württemberg.

Stuttgart, 8. April. (Der Baumeistertitel.) Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das Staatsministerium hat am 7. April 1924 verordnet, daß Bautechniker, die nach § 18 Abs. 1 oder 2 der Verfügung des Ministeriums des Innern über die Bauwerkmeisterprüfung vom 26. April 1909 die Bezeichnung „Bauwerkmeister" erhalten haben oder künftig noch erhalten, sich als „Bauwerkmeister" bezeichnen dürfen, wenn sie das 24.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Lebensjahr zurückgelegt und eine mindestens 3jährige Tätigkeit als Bauführer aufzuweisen haben.

Stuttgart, 9. April. (Ein kommunistischer Handgranatenfund.) Am 29. März haben Beamte des Landeskriminalpolizeiamts in einem auf der Markung Möhringen, Gewand Sonnenberg, befindlichen Garten des Eisengießers Alexander Gläser aus Stuttgart, Rotebühlstraße, ein kommunistisches Waffenlager, bestehend aus 126 selbstgefertigten scharf geladenen Handgranaten aufgedeckt. Die Handgranaten stammen noch einwandfreien Feststellungen ebenso, wie die kürzlich in der Jägerstraße gefundenen, aus der mehrfach bekannt gewordenen kommunistischen Waffenwerkstätte. Im Zusammenhang mit diesem Handgranatenfund wurde der Besitzer des Gartens und der Dreher Lorenz Rall aus Stuttgart, Moltkestraße, festgenommen.

Stuttgart, 9. April. (Die Bautätigkeit im März.) Nach den im Bautennachweis der „Bauwelt" gemeldeten Bauvorhaben hat die Bautätigkeit im März 1924 im Vergleich zum Februar um mehr als das Doppelte zugenommen. Im Februar 1924 wurden 675 Wohnungs- und 135 Fabrik- und sonstige Bauvorhaben veröffentlicht, während im März 1263 Wohnungs- und 651 Fabrik- und sonstige Bauten gezählt wurden. Im März 1923 war die Zahl der angemeldeten Bauten wesentlich geringer: 516 Wohnungs- und 191 Fabrik- und sonstige Bauten.

Nürtingen, 9. April. (Das Ende eines kommunistischen Spuks.) In der Neujahrsnacht wurden in Nürtingen von Kommunisten 2 offensichtlich selbstgefertigte Handgranaten, die eine vor dem Oberamt, die andere vor der Wohnung eines Nürtinger Bürgers, zum Explodieren gebracht; außerdem kam es zu Reibereien mit der Polizei, auf die mehrere scharfe Schüsse abgegeben wurden. Die längere Zeit in Anspruch nehmenden Erhebungen führten nunmehr zur Festnahme der an diesen Umtrieben beteiligten Personen. In der vergangenen Nacht erfolgte durch Beamte des Landeskriminalpolizeiamts die Festnahme von 14 Personen, die sämtliche der KPD. angehören.

Reutlingen, 8. April. (Tödlicher Unglücksfall.) Vorgestern abend hörten in der Kaserne der Polizeibereitschaft zwei Angehörige derselben in einem der Mannschaftszimmer das Fallen eines Schusses. Als sie den Raum betraten, fanden sie den 21 Jahre alten Unterwachtmeister Alfred Schüle von hier, auf dem Boden liegend, mit einer Schußverletzung in der rechten Seite des Körpers. Schüle, der noch beim Bewußtsein war, gab an, er habe mit einem Revolver hantiert, wobei die Waffe unversehens losgegangen sei und ihn getroffen habe. Es wurde sofort ein Arzt gerufen, aber das junge Leben war nicht mehr zu retten.

Stetten OA. Rottweil, 9. April. (Die verkannte Blechbüchse.) Im Schutt an der Eschach spielten, wie der Schwarzwälder Volksfreund berichtet, zwei Knaben und fanden eine rostige Blechbüchse, in der etwas „klepperte". Schon hatten sie die Blechbüchse als wertlos ins Wasser geworfen. Aber neugierig gemacht durch das „Kleppern" holten sie sie wieder, öffneten sie mit einem Steine und fanden darin 13 Goldstücke, 12 Zwanzigmarkstücke und 1 Zehnmarkstück, im ganzen also 250 Mark. Nach Kinderart liefen sie sofort in den nächsten Zuckerladen, um mit ihrem Funde Süßigkeiten zu kaufen. Sie wußten aber nicht, ob es ein rechtes Geld sei, sagten sie zur Krämersfrau. Die ehrliche Krämerin besah die Goldstücke, ließ sich erzählen, woher das Geld gekommen und schickte die Kinder nach Hause, dort den Fund zu zeigen. Woher mögen die Goldstücke stammen? Wie lange mögen sie unbeachtet im Schutte gelegen sein? Die von dieser Geschichte erfahren, werden nun wohl jede alte Blechbüchse, die sie irgendwo finden, öffnen und untersuchen, ob nicht Goldstücke darin verborgen sind; diese schönen Tierchen sind bei uns auch gar zu selten geworden.

Ulm, 9. April. Als Spitzenkandidat der Deutschen demokratischen Partei zur Landtagswahl für den Bezirk Ulm wurde der bisherige Abg. Barnholt aufgestellt.

Ulm, 9. April. (Rascher Tod.) Mit dem Schnellzug aus Stuttgart kam abends ein Reisender hier an, der in einem der ersten Hotels abstieg. Nachdem der Fremde am Vormittag nicht zum Vorschein kam und allerlei Zweifel sich um seine Person woben, prüfte man das ihm zugewiesene Zimmer nach und fand den Mann als Leiche vor. Die Begleitumstände ließen den Vorgang etwas geheimnisvoll erscheinen. Die Polizei- und Gerichtsbehörden haben sich der Angelegenheit sofort angenommen und die Untersuchung eingeleitet. Daß ein Verbrechen vorliegen könnte, wird nicht angenommen. Die Untersuchung wird den Fall wohl bald aufklären.

Niederwangen OA. Wangen, 2. April. (Ueberfahren.) Der in Elitz bedienstete Knecht Bader, der an Schwerhörigkeit leidet, wurde auf dem Heimweg durch ein nach Wangen rasendes Auto niedergefahren und schwer verletzt. Außer tiefen Kopfwunden erlitt er noch schwere Arm- und Beinbrüche. Die Autler, die den Vorfall doch hatten bemerken müssen, ließen das arme, von ihnen so übel zugerichtete Opfer hilflos auf der Straße liegen und fuhren unerkannt davon. Auf seine Hilferufe wurde der bedauernswerte Mensch in ein Nachbarhaus aufgenommen und erhielt hier vom Oberamtsarzt die erste Hilfe. Dieser brachte ihn dann auch selbst ins Bezirkskrankenhaus.

Baden.

Salzburg, 7. April. Vor kaum einem halben Jahre noch wurden die Ortschaften der Bezirke Staufen und Müllheim sowie anderwärts auch von Hamstern überlaufen, die es vorwiegend auf Butter und Eier abgesehen hatten. Das Blättchen hat sich völlig gewendet: Jetzt klagen die Bauersfrauen über den mangelnden Absatz von Butter und Eiern zu einem annehmbaren Preise. Die Landwirte würden es gern sehen, wenn der vor dem Kriege in Sulzburg bestehende Wochenmarkt wieder zur Einführung käme, von dem man auf eine Bessergestaltung des Absatzes und der Preise hofft.

Konstanz, 9. April. Ein prächtiges Naturschauspiel bot sich am Dienstag dem Auge an der Motorbootfähre Stromeyersdorf dar. Sieben Wildschwäne belebten den Rhein und ließen sich, wohl wissend, daß sie der Menschen Freunde sind, von zahlreichen Kindern füttern. Sehr zutraulich kamen sie bis an den Abfahrtsteg heran. Für viele Seeanwohner dürfte der Auf- und Abstieg dieser stolzen Wasservögel aus dem und in das Wasser eine Neuigkeit sein. Gleich einem Wasserflugzeug springen sie, mit den mächtigen Flügeln schlagend, auf dem Wasserspiegel dahin, um dann langsam in die Lüfte zu steigen. Schöner noch wie der Aufstieg ist der Abstieg ins Wasser. Auch der gleicht dem des Wasserflugzeuges. Einige Meter über dem See strecken die stolzen Vögel plötzlich ihre starken Füße völlig steif von sich, fallen ins Wasser ein, gleiten infolge der schnellen Bewegung in der Luft noch ein Stück weit schnell, aber mit Grazie im See dahin, um dann zu halten. Häufig werden die Schwäne in Konstanz am Rhein gesehen; vergangenen Winter einmal 15 Stück beisammen. Die mit reichlich Schilf bewachsenen Ufer des Rheins dürften ihnen günstige Nistgelegenheit bieten, so daß sie stetige Bewohner dieses Gebiets werden dürften.

Mannheim, 9. April. In den letzten Tagen ist es in Ludwigshafen zu Frauendemonstrationen gekommen. In dem ersten Falle hatten Frauen im Anschluß an eine Versammlung, in der sie zu Gunsten der kämpfenden Anilinarbeiter eintraten, einen Demonstrationszug gebildet, der sich zu der Wohnung des Bürgermeisters Kleefoot begab. Da der Bürgermeister aber nicht anwesend war, zogen die etwa 1000 demonstrierenden Frauen unter dem Gesang revolutionärer Lieder wieder ab. Am Dienstag früh zog eine größere Anzahl von Frauen der Ausgesperrten zum Verlagshaus der „Pfälzischen Post", in dem sich das Arbeitersekretariat befindet. Die Demonstrantinnen drangen gewaltsam in die Verlagsräume ein und raubten eine Ladung Zeitungsnummern, die zerrissen und auf der Straße zerstreut wurden. Dann zogen die Frauen unter dem Gesang der „Internationale" vor das Kasino der Anilinfabrik, wo sich der Zug auflöste. — Die Fabrikleitung der Heinrich Lanzschen Werke in Mannheim hat gestern früh die ganze Belegschaft wegen passiver Resistenz ausgesperrt.

Vermischtes.

Die Arbeit der Technischen Nothilfe in Zahlen. Nach den vorläufigen statistischen Ergebnissen haben seit Gründung der Technischen Nothilfe bis zum 15. März 1924: 76 026 Nothelfer und Nothelferinnen auf 3077 Einsatzstellen im Dienste und zum Wohle für die Allgemeinheit eine Arbeit von insgesamt 4 771 375 Arbeitsstunden geleistet.

Im Auto verbrannt. In Freienohls stieß das Automobil des Fabrikanten Franken jr., der mit dem Oberingenieur Hengsten und dem Kaufmann Tillmann zusammen fuhr, bei der Ueberfahrt über die Ruhr gegen den 15 Zentimeter hohen Fußsteig der Brücke. Dabei riß er das starke eiserne Schutzgitter auf 15 Meter Länge fort und stürzte sich überschlagend in die Tiefe des Ruhrbeckens. Durch den Aufschlag auf das an der Stelle untiefe Strombett des Flusses wurde der Wagen zusammengedrückt, so daß Franken, der den Wagen selbst führte, und der neben ihm sitzende Oberingenieur festgeklemmt wurden. Bei dem Sturz ergoß sich das Benzin über den Wagen und fing Feuer, so daß die Insassen am Führersitz bei lebendigem Leibe verbrannten, ehe ihnen Hilfe gebracht werden konnte. Die erst durch den Feuerschein angelockten Passanten konnten nur noch die Leichen des Fabrikanten Franken und des Oberingenieurs Hengsten aus dem völlig zertrümmerten Wagen herausziehen. Den Bedauernswerten waren die Beine bis über die Knie buchstäblich abgebrannt. Der aus dem Wagen geschleuderte Tillmann dürfte mit dem Leben davonkommen.

Aufwertung von Vorkriegsanleihen der Fried. Krupp A.-G., Essen. Während die 3. Steuernotverordnung eine Schuldenaufwertung erst ab 1. Januar 1922 vorsieht, erklärt sich die Fried. Krupp A.-G. bereit, schon jetzt ihre Vorkriegsanleihen aufgewertet einzulösen. Die Bedingungen sind u. a. folgende: Für je 1000 Mark Nennwert der Anleihen von 1893 und 1908 (erste 1908 ausgegebene Hälfte) sowie der Germaniawerft-Anleihe von 1901 gewährt die Firma 10 Prozent gleich 100 Goldmark bar und daneben 10½ Prozent gleich 25 Dollar in Stücken ihrer 6prozentigen Goldanleihe von 1924 mit Zinsschein ab 1. Januar 1924 oder statt dieser Goldanleihe nach Wahl des Berechtigten 15 Prozent gleich 150 Goldmark 5prozentige Goldhypothekenpfandbriefe der Gemeinschaftsgruppe Deutscher Hypothekenbanken mit Zinsschein ab 1. April 1924. Ferner gewährt die Firma Krupp eine freiwillige nachträgliche Aufwertung den Inhabern solcher Stücke obengenannter Anleihe, die infolge Auslosung oder Kündigung seit dem 1. Januar 1923 zur Einlösung gelangt sind, wegen deren aber nach der 3. Steuernotverordnung ein Anspruch auf Aufwertung nicht besteht; und zwar erfolgt die Aufwertung in Höhe und nach Maßgabe des obigen Einlösungsangebots, jedoch vermindert um die Barzahlung, also nur durch Lieferung der 6prozentigen Kruppschen Goldanleihe oder 5prozentigen Goldhypothekenpfandbriefe.

Handel und Verkehr.

Sulz a. N., 8. April. (Marktbericht.) Zufuhr: 4 Ochsen, 3 Farren, 37 Stiere, 72 Kühe, 83 Kalbinnen, 105 Rinder und 2 Kälber. Bezahlt wurde für Rinder ¼—1jährige 100—180 Mark, 1—2jährige 180—360 Mark, für Stiere ¼—1jährige 80 bis 170 Mark, 1—2jährige 170—340 Mark, für trächtige Kalbinnen 450—640 Mark, für Wurstkühe 200—340 Mark, für Milchkühe 380—680 Mark und für Zugstiere 400—500 Mark. Auf dem Schweinemarkt waren 2 Läufer und 149 Milchschweine zugeführt. Das Paar Läufer kostete 145 Mark, das Paar Milchschweine 50—70 Mark. Der Handel beim Vieh war sehr flau, die Schweine wurden bis auf einen kleinen Rest verkauft.

Reutlingen, 8. April. (Schrannenbericht.) Zufuhr in Zentnern: Weizen 21,64, Dinkel 2,50, Gerste 94,52, Haber 248,20. Preise in Goldmark per Zentner: Weizen 11—12.50, Dinkel 8—8.50, Gerste 10—13, Haber 8—9.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 9. April. Eine Vertrauensleuteversammlung der Zentrumspartei Gmünd hat den Aalener Vorschlag, im IV. Wahlbezirk Justizminister Beyerle als Spitzenkandidat aufzustellen, gutgeheißen, und als zweiten Kandidaten den Landtagsabgeordneten Gengler benannt. Das Zentrum hofft, in dem die Oberämter Gmünd, Ellwangen, Aalen, Neresheim, Crailsheim und Gaildorf umfassenden Wahlbezirk zwei Abgeordnete durchzubringen.

Stuttgart, 8. April. Der Ausschuß der Deutschen Demokratischen Partei von Groß-Stuttgart hat den seitherigen Ministern Dr. Hieber und Dr. Schall den wärmsten Dank für ihre Tätigkeit und insbesondere dafür ausgesprochen, daß sie in den Kämpfen der letzten Tage das Ansehen der Regierung und die Hoheit des Staates tatkräftig gewahrt haben.

Stuttgart, 9. April. Die Kommunisten des Ludwigsburger Wahlverbands haben als Spitzenkandidaten den bisherigen Abg. Hans Stetter für die Landtagswahl aufgestellt.

München, 9. April. Nach einer Meldung aus Landsberg am Lech ist gestern durch Beamte der Münchener Staatsanwaltschaft der langgesuchte Führer der Nationalsozialisten, Hermann Esser, der seit längerer Zeit flüchtig ist, verhaftet und nach München gebracht worden.

Nürnberg, 9. April. Die ausständigen Eisenbahnarbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen.

Köln, 9. April. Wie die „Kölnische Zeitung" erfährt, führten die von der Textilindustrie des besetzten Gebietes mit der Rheinlandkommission in Koblenz geführten Verhandlungen wegen der Verlängerung des Textilabkommens zu keinem Ergebnis. Die von der Rheinlandkommission geforderten neuen Abgabesätze überschreiten die letzten Sätze erheblich und werden von der Textilindustrie als untragbar bezeichnet. Ein weiterer Termin für neue Verhandlungen ist in Aussicht genommen.

Merseburg, 9. April. Etwa 50 Stahlhelmleute, die in Zweierreihen eine Versammlung abhielten, wurden auf dem Nachhauseweg nachts in der Nähe des Mettstädter Bahnhofes von Kommunisten überfallen und mit Revolvern beschossen. Drei Stahlhelmleute wurden durch Schüsse verletzt. Die Kommunisten nahmen Reißaus. In Pfaffendorf wurden etwa 20 flüchtige Kommunisten festgenommen.

Berlin, 8. April. Die Kommunisten entfalten eine lebhafte Propaganda gegen das Abkommen mit den Eisenbahnarbeitern. Im allgemeinen lauten jedoch die Nachrichten aus dem Reiche über die Wiederaufnahme der Arbeit in den Eisenbahndienststellen günstig. Man könne damit rechnen, daß bereits am Donnerstag der Betrieb im Großen und Ganzen wieder reibungslos funktionieren wird. Sollten jedoch hier und dort Teilstreike weitergeführt werden, so müßten die Eisenbahnarbeiter damit rechnen, daß die zuständigen Dienststellen rücksichtslos zu Entlassungen schreiten.

Berlin, 8. Berlin. Die Verständigung zwischen dem Vorstand der Deutschen Volkspartei und der Nationalliberalen Vereinigung ist gescheitert. In Verhandlungen des Parteivorstandes mit der Nationalliberalen Vereinigung erklärten deren Vertreter, daß die Vereinigung den Beschluß des Zentralvorstandes in Hannover einmütig abgelehnt habe und fordert u. a., daß die Organisationen der Nationalliberalen Vereinigung bestehen bleiben und von der Partei anerkannt werden und daß die Große Koalition in Preußen aufgehoben werde. Die Vertreter des Parteivorstandes erklärten darauf die Verhandlungen als gescheitert.

Berlin, 10. April. In politischen Kreisen werden die Gutachten der Sachverständigen, soweit sie bisher bekannt geworden sind, als diskussionsfähige Basis betrachtet. Man ist allerdings der Ansicht, daß die Ziffern wohl zu hoch gegriffen sind, da sie eine steigende Prosperität der deutschen Volkswirtschaft voraussetzen. Jedenfalls wird eine eingehende Prüfung der Vorschläge erfolgen.

Berlin, 9. April. Amtlich wird mitgeteilt: Die Kreiswahlvorschläge für die Reichstagswahlen sind spätestens am 17. Tage vor dem Wahltag beim Wahlkreisleiter einzureichen. Diese Frist läuft am 17. April ab. — Wie wir hören, ist die Deutsche Golddiskontbank am 7. ds. Mts. errichtet worden. Sie wird in den nächsten Tagen den Verkehr mit dem Publikum aufnehmen, worüber noch Nachricht ergeht. — In dem Zustand des fast hoffnungslos erkrankten Großindustriellen Hugo Stinnes ist eine geringe Besserung eingetreten, sodaß nach Ansicht von Prof. Bier die Hoffnung besteht, den Patienten am Leben zu erhalten.

Paris, 9. April. Der Bericht des Komitees Mac Kenna schätzt die deutschen Guthaben im Auslande Ende 1923 auf rund 6½ Milliarden Mark, die Guthaben der Ausländer in Deutschland auf 1 bis 1½ Milliarden. Als einziges Mittel, die geflüchteten Kapitalien wieder zurückzuführen, wird die Beseitigung der Gründe betrachtet, die die Abwanderung verursacht haben, d. h. es wird vor allem für notwendig gehalten, eine stabile Währung zu schaffen, welche eine Inflation verhindert.

Paris, 9. April. Der Bericht der Sachverständigen ist gestern vormittag 10 Uhr der Reparationskommission überreicht worden. Bei Uebergabe des Sachverständigenberichts sagte der Vorsitzende der Reparationskommission die unparteiische Ueberprüfung der Vorschläge zu.

Paris, 10. April. Die Kammer hat am Schluß ihrer gestrigen Sitzung eine Resolution angenommen, die besagt, daß sie erwarte, daß die Regierung durch ihre Delegierten bei der Repko darauf bestehen werde, alle von Deutschland geschuldeten Reparationen zu erhalten.

London, 9. April. Reuter meldet aus Great Falls: Senator Wheeler ist von der Jury beschuldigt worden, Geld angenommen zu haben, um, nachdem er Senator geworden war, die Gewährung von Konzessionen für Petrolumfelder zu beeinflussen.

London, 9. April. Reuter zufolge betrug die Zahl der Beschäftigungslosen in England am 31. März 1 058 000, das sind 5219 weniger als im Vormonat und 227 823 mehr als seit Beginn des Jahres.

Moskau, 9. April. Nach 18tägiger Verhandlung wurde heute im Kiewer Prozeß gegen die Mitglieder des sogenannten Aktionszentrums das Urteil gefällt. 4 Angeklagte wurden zum Tode, 10 zu Gefängnisstrafen von 10 bis zu einem Jahre verurteilt. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Den Verurteilten wurde das Recht zugestanden, binnen 48 Stunden bei der ukrainischen Sowjetexekutive ein Gnadengesuch einzureichen.

Bukarest, 9. April. Der griechische König hat einen Aufruf an das griechische Volk gerichtet. Der König kündigt darin seine Absicht an, auf den Thron seiner Väter nicht zu verzichten.

Die Presse über das neue württembergische Ministerium.

Das „Neue Tagblatt" widmet unter der Ueberschrift „Das Ende der Aera Hieber" den beiden demokratischen Ministern Dr. von Hieber und Dr. Schall höchstes Lob. Die Hauptersolge der Aera Hieber werden immer bleiben die Festigung des Staatsgedankens, die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung und die Schaffung des Kirchengesetzes sowie die Aktion zur Gesundung des Finanzwesens und zur Vereinfachung der Verwaltung. Dr. Schall ist die Umorganisation der württ. Notenbank, die Modernisierung der staatlichen Hütten und Industriewerke, die Schaffung des ersten württ. wertbeständigen Geldes und die Stabilisierung der Staatsfinanzen zu verdanken. Das Blatt anerkennt das unbeugsame Pflichtgefühl des neuen Staatspräsidenten. Eine Aenderung der Grundsätze wird wohl kaum eintreten, wenn nicht der rechte Flügel des Zentrums, der die Krise herbeigeführt hat, weitgehenden Einfluß gewinnt und die Zerbröckelung der Abbaumaßnahmen die heute schon drohenden Folgen nach sich zieht. — Das „Deutsche Volksblatt" spricht der politischen Haupt- und Staatsaktion im Landtag jeden gesunden politischen Sinn ab und würdigt in anerkannten Worten die Verdienste der Minister Dr. Hieber und Dr. Schall, fügt indessen hinzu, daß die unmittelbare Verantwortung für den Schutz der Staatsautorität im Bereich des jetzigen Innenministers lag, daß der persönliche Standpunkt des vergangenen Kultministers sehr stark auf Simultanisierung des Unterrichtswesens eingestellt war und daß vorwiegend die Unmöglichkeit, derartige Tendenzen im vergangenen Landtag durchzusetzen, hindernd im Wege stand. Fragwürdig erscheint auch dem Blatt, ob alle steuerlichen Regelungen Dr. Schalls in ihrer jetzigen Form bestehen bleiben können. Dem verflossenen Landtag, der vom Halbmondsaal wohl endgültig Abschied genommen hat, sagt das Blatt viel fruchtbare Arbeit nach. — Die „Süddeutsche Zeitung" betont, daß es sich um eine Zwischenlösung handle, die deutlicher als alles andere dartue, wie unnötig die von den demokratischen Ministern als Kabinettsfrage inszenierte Regierungskrise überhaupt ist. Das neue Kabinett wird den Anforderungen, die man füglich stellen könne, durchaus genügen. — Die „Schwäbische Tageszeitung" hält die Lösung der Regierungskrise für die einzig richtige und mögliche. Der Verlauf der ganzen Rücktrittskomödie zeigt, wie schwankend und unsicher eine demokratische Regierung ist und wie notwendig es ist, zurückzukehren zum System der wirklichen Volksregierung, welche die Wünsche des Volkes und des Landtags respektiert und nicht sofort die Flinte in das Korn wirft, wenn ihr einmal etwas nicht paßt. — Die „Schwäbische Tagwacht" findet, daß 3 Minister genügen. Nur müßte allerdings eine andere Abgrenzung der Verwaltungsgebiete der einzelnen Ministerien damit verbunden sein und das Kabinett dürfte nicht die Domäne einer einzigen Partei sein, die nur etwas mehr als ein Fünftel der Volksvertretung bildet. Trotz der Angst vor der Verantwortung, die sich darin äußert, daß die Rechtsmehrheit der neuen Regierung nicht das richtige Firmenschild geben will, erkennt die weite Oeffentlichkeit doch recht klar, daß das Verlegenheitskabinett Bau ein Werk des schwarzblauen Blocks ist. — Die „Süddeutsche Arbeiterzeitung" nennt den Landtag das Theater in der Kronprinzenstraße und sagt, schon der Rücktritt der Regierung war Theater aus wahltaktischen Gründen. Den Herrn Demokraten wird es schwül, haben sie doch während der letzten 4 Jahre auch in der Landespolitik die Demokratie zu oft vergewaltigt. Die beiden „demokratischen" Minister mußten in Schönheit sterben, damit der demokratische Wahlumzugleichenzug am 1. Mai nicht gar so kläglich ausfalle. Doch auch die toten Hieber und Schall werden den Freund nicht mehr retten. Die württembergische Demokratie ist längst verfault und die schäbigen Ueberreste der Demokratie folgen ihr nach. Ueber den neuen Staatspräsidenten wird gesagt: Da er ein unpolitisches Blatt ist, wird Herr Bolz nach wie vor der eigentliche Staatspräsident sein. — Der „Schwäbische Merkur" ist der Ansicht, es wäre an sich das gegeben gewesen, wenn der Landtag die bisherige Regierung um die Wiederaufnahme der Arbeit gebeten hätte. Soviel ist jedenfalls sicher:

Das Land darf das Ergebnis dieser „Zwischenlösung" mit Vertrauen betrachten. Dr. Dieber verdient den Dank des Landes, daß er Ordnung und Staatsautorität gewahrt hat; ebenso Dr. Schall, beide Männer werden — in dieser oder jener Form — dem Land sicher auch in Zukunft zur Verfügung stehen.

Dr. Schacht fordert restlose Räumung des Ruhrgebiets.

Berlin, 9. April. Auf der Hauptversammlung des Verbands sächsischer Industrieller in Dresden hat heute Reichsbankpräsident Dr. Schacht nach einem Ueberblick über die gesamte Wirtschaftslage auch seiner Verhandlungen mit den Sachverständigen gedacht. Ueber den Bericht, der soeben bekannt geworden ist, äußert er, daß wir in ihm einen Beweis für die Gesundung der Welt sehen könnten. In diesem Zusammenhang führte Dr. Schacht dann weiter aus: „Die Erregung in Deutschland entstand weniger durch wirtschaftliche Momente als vielmehr daraus, daß das Nationalgefühl vom Ausland mit Füßen getreten worden ist. Das, was an nationaler Würde des deutschen Volkes während des Ruhrkampfes beleidigt ist, mußte bewirken, daß eine so wilde Erregung emporflammt. Darüber dürfen sich die Franzosen nicht wundern. Fünf Milliarden gutes Gold sind bisher für die Besatzungstruppen bezahlt worden. Das ist eine Schande. 40 Milliarden gutes Gold sind schon an Kriegsentschädigungen bezahlt worden. Das mußte Bewunderung in der ganzen Welt erregen. Bewußt aber wird von den Franzosen den Schiebern und Wucherern an der Ruhr Vorschub geleistet. Es ist eine Schande, daß dies die Welt nicht verhindert. Daß die Sachverständigen diesen Gedanken, allerdings in schwächerer Weise, zum Ausdruck gebracht haben, ist ein großes Verdienst. **Die volle wirtschaftliche Souveränität muß an den Anfang aller Verhandlungen gestellt werden und ebenso muß die volle Souveränität in der allgemeinen Politik wiederhergestellt werden.** Ich will mich von dem Versailler Vertrag nicht entfernen, aber nach dem Vertrag müssen die Besatzungskosten auf ein vernünftiges Maß zurückgeschraubt, muß Rhein und Ruhr geräumt werden. **Der letzte französische Soldat muß aus dem besetzten Gebiet heraus, wenn wir auf die Forderungen eingehen sollen.** Die Welt darf es nicht dulden, daß wir Gelder zur Unterstützung eines so überspannten Militarismus bieten. Sie wird nur Kredit für wirtschaftliche Zwecke zur Verfügung stellen und mit diesem werden wir uns bei voller Souveränität wieder emporarbeiten." Diese Stelle der Rede fand stürmischen Beifall.

Die Vorschläge des Komitees Dawes.

Berlin, 9. April. Die von der Reparationskommission eingesetzten Sachverständigen-Komitees haben der Reparationskommission heute um 10 Uhr ihre Berichte übergeben. Die Berichte liegen hier im Wortlaut noch nicht vor. Mit dem Vorbehalt etwaiger nach Vorliegen des vollständigen Berichtes sich ergebenden Ergänzungen und Berichtigungen kann aber über den Inhalt des Berichtes des Dawes-Komitees bereits folgendes mitgeteilt werden: Es wird zunächst betont, daß das Gutachten mit Einstimmigkeit sämtlicher Mitglieder abgegeben worden sei. Das Komitee setzt dann seinen Vorschlägen die folgenden allgemeinen Leitsätze voraus: **Der Plan ist ein unteilbares Ganzes. Es ist unmöglich, daraus einzelne Vorschläge anzunehmen und andere abzulehnen. In diesem Fall, aber auch im Falle ungebührlicher Verzögerung in der Ausführung der Pläne überhaupt, lehnen die Sachverständigen jede Verantwortung für den Erfolg ab. Der Plan hat ferner die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftshoheit zur unbedingten Voraussetzung, da der Ausgleich des Budgets, die Stabilisierung der Währung, sowie die Wiederherstellung des innern und äußern Kredites Deutschlands nur unter dieser Voraussetzung möglich ist. Es müssen deshalb auch alle Sanktionen für die wirtschaftliche Produktion zurückgezogen oder entsprechend geändert werden. Werden diese Voraussetzungen hinausgeschoben oder verzögert, so ändern sich entsprechend auch alle übrigen Daten des Zahlungsplans.** Die Sachverständigen betonen ferner, daß sie bestrebt gewesen seien, die Lasten so zu gestalten, daß dadurch die Lebenshaltung des deutschen Volkes nicht unter das Niveau der Lebenshaltung der alliierten und der anderen nachbarlichen, europäischen Staaten gedrückt wird, welche auch ihrerseits schwere Lasten aus dem Kriege zu tragen haben. **Der ganze Zahlungsplan ist auf dem Gedanken aufgebaut, die Höchstleistung festzustellen, die Deutschland jährlich in seiner eigenen Währung zahlen kann. Er sieht davon ab, ein für allemal die Totalbelastung für Deutschland zu fixieren.** Er soll deshalb auch nicht eine Lösung des gesamten Reparationsproblems sein, sondern vielmehr nur eine Regelung für eine beliebig lange Zeit — nach den einzelnen Vorschlägen der Sachverständigen handelt es sich um etwa 10 Jahre —, um das allgemeine Vertrauen wieder herzustellen. Der Plan sei aber gleichzeitig so ausgeführt, daß eine endgültige und vollständige Lösung des gesamten Reparationsproblems und aller damit verbundenen Fragen aufgebaut werden könne, sobald die Umstände es gestatten. In den einzelnen Abschnitten des Berichtes wird folgendes ausgeführt: **Stabilität der Währung, Notenbank.** Der Bericht führt aus, daß die durch die Rentenbank erreichte Stabilität nicht die endgültige Regelung darstellen könne. Zur Erreichung einer dauernden Stabilität schlägt der Bericht vor, entweder die Schaffung einer neuen Notenbank oder eine Reorganisation der Reichsbank. Die Möglichkeit der Aufrechterhaltung der Reichsbank ist also vorgesehen. In jedem Falle soll eine einheitliche Währung in Deutschland geschaffen werden. Die Notenbank soll für die Dauer ihres Notenausgaberechts — fünfzig Jahre — das ausschließliche Notenprivileg haben, jedoch unter Beibehaltung der Privatnotenbanken und vorher auch der Rentenbank. Alle auf Papier lautenden Zahlungsmittel sollen aus dem Verkehr verschwinden. **Die neuen Banknoten sollen wenigstens zu ein Drittel mit Gold oder Golddevisen gedeckt sein.** Dabei ist im wesentlichen an Guthaben bei ausländischen Banken gedacht. Der Bericht sieht vor, daß die auszugebenden Noten normalerweise in Gold einlösbar sind, betont aber, daß nach Ansicht der Experten bei Errichtung der Bank die Verhältnisse eine solche Einlösung noch nicht gestatten werden. Die Einlösung soll aber Platz greifen, sobald die Verhältnisse es gestatten. Die Notenbank ist im wesentlichen gedacht „als Bank der Banken", die nur sichere kurzfristige Wechsel zu dem von ihr festzusetzenden Diskontsatz diskontiert und im Einvernehmen Girogelder annimmt. **Die Bank soll die Kassenführung für das Reich übernehmen, sie soll auch kurzfristige Darlehen an das Reich geben,** aber die Beträge und die Art des Darlehens — höchstens 100 Millionen Mark für längstens drei Monate — sollen im Bankgesetz genau festgesetzt werden. Das Reich soll an dem Gewinn der Bank Anteil haben. Die Bank soll aber von jedem Regierungseinfluß frei sein. Die Bank soll ein Kapital von 400 Millionen Goldmark haben, wovon 300 Millionen in Deutschland und im Ausland durch Zeichnungen aufgebracht werden. **Sie wird verwaltet von einem deutschen Präsidenten und dem nur aus Deutschen bestehenden Direktorium,** das einen konsultativen Beirat — wobei wohl an die Aufrechterhaltung des Zentralausschusses gedacht ist — haben kann. Neben dem deutschen Direktorium ist ein „general board" eingesetzt, der aus sieben Deutschen und sieben Ausländern besteht. Es hat seine Entscheidungen mit einer Majorität von zehn Mitgliedern zu treffen. Dieses „general board" hat gewisse Vollmachten in denjenigen Fragen, die die Interessen der Gläubigerstaaten berühren. Ein ausländisches Mitglied des general board soll der commissioner sein. Er hat darüber zu wachen, daß die Vorschriften, die sich auf die Notenausgabe und die Aufrechterhaltung der Notendeckung beziehen, beachtet werden. Der general board kann auch mit einfacher Mehrheit beschließen, wenn der Präsident und der commissioner in dieser Mehrheit enthalten sind. Für seine Aktionsfähigkeit ist daher eine Kooperation zwischen der deutschen und der ausländischen Gruppe stets notwendig. Ein umfangreicher besonderer Anneg enthält einen bis ins einzelne detaillierten Plan über die Bank.

Die deutsche Reichsbahn. Aus dem Reichsbahnunternehmen soll eine Aktiengesellschaft gebildet werden. Diese Aktiengesellschaft wird vorweg mit einem Betrage von 11 Milliarden Goldmark erststelliger Obligationen belastet, die mit fünf Prozent jährlich zu verzinsen und mit 1 Prozent jährlich zu tilgen sind. Die jährliche Leistung von 660 Millionen Goldmark ist in die Reparationskasse zu bezahlen. In voller Höhe ist diese Zahlung erst vom vierten Jahre ab zu leisten. Sie beträgt im ersten Jahr 330, im zweiten 465, im dritten 550 Millionen Goldmark. Das Aktienkapital der Reichsbahngesellschaft von insgesamt 15 Milliarden Goldmark soll in 2 Milliarden Vorzugsaktien und 13 Milliarden Goldmark Stammaktien zerfallen. Dem Reiche gehören die gesamten Stammaktien sowie 500 Millionen Goldmark der gesamten Vorzugsaktien, während 1½ Milliarde Goldmark dieser Vorzugsaktien für die eigenen finanziellen Schritte der Reichsbahngesellschaft verwendet werden können. Der Generaldirektor der Reichsbahngesellschaft ist Deutscher, ebenso der Vorsitzende des Verwaltungsrates. Der Verwaltungsrat besteht im übrigen aus 18 Mitgliedern, von denen je die Hälfte von der deutschen Regierung und von einem Treuhänder der Obligationäre bestellt wird. Von den vom Treuhänder zu bestellenden 9 Mitgliedern sollen 5 Deutsche sein, so daß also im gesamten der Verwaltungsrat aus 14 Deutschen und aus vier nichtdeutschen Mitgliedern besteht. Die Reichsbahngesellschaft soll in ihrer Geschäftsführung vollständig frei sein. Die Rechte der Reichsregierung hinsichtlich der Tarife und Betriebsaufsicht sind grundsätzlich anerkannt. Zur Wahrung der Interessen der Obligationäre wird ein besonderer Eisenbahnkommissar bestellt. Solange der Zinsendienst nicht notleidet, wird sich seine Tätigkeit im wesentlichen darauf beschränken, den Stand des Unternehmens, namentlich in finanzieller Hinsicht, zu beobachten und darüber zu wachen, daß die Interessen der Gläubiger nicht gefährdet werden. Dem Bericht ist als Anhang das Gutachten der von dem Komitee beauftragten besonderen Eisenbahnsachverständigen beigefügt. Dieses Gutachten, auf das der Komitee-Bericht sich stützt, bezeichnet an verschiedenen Stellen die betriebliche Vereinigung der Rhein-Ruhr-Bahnen mit dem übrigen Reichsbahnnetz als eine Voraussetzung für den Erfolg seiner Vorschläge.

Finanzielle Bestimmungen. Das Gutachten der Sachverständigen schlägt folgende Leistungen vor: a) für die Moratoriumszeit: Erstes Jahr 1924 bis 1925: 1000 Millionen Goldmark und zwar 800 Millionen aus einer auswärtigen Anleihe und 200 Millionen aus der Verzinsung der Eisenbahnobligationen. Die 800 Millionen dienen zur Finanzierung der Sachleistungen und der Besatzungskosten. Soweit Anleihen nicht zustandekommen, können Leistungen von Deutschland nicht gefordert werden. Zweites Jahr 1925 bis 1926: 1220 Millionen Goldmark, bestehend aus Zinsen der Eisenbahnobligationen, der Industrieobligationen und 500 Millionen aus dem Verkauf von Vorzugsaktien der Eisenbahn. b) Für die Uebergangszeit: Drittes Jahr 1926—1927: 1200 Millionen Goldmark, bestehend aus den Zinsen der Eisenbahnobligationen, der Industrieobligationen, der Beförderungssteuer und aus Haushaltsmitteln. Viertes Jahr 1927—1928: 1750 Millionen Goldmark, bestehend aus den Zinsen der Eisenbahnobligationen, der Industrieobligationen, der Beförderungssteuer und aus Haushaltsmitteln. Die Leistungen für das dritte und vierte Jahr können sich um bis zu 250 Millionen erhöhen oder ermäßigen, je nach der Höhe des dritten Teils des Betrages, um den die kontrollierten Bruttoeinnahmen im Jahre 1926—27 1000 Millionen und im Jahr 1927—28 1250 Millionen Goldmark übersteigen. c) Normaljahr: Fünftes Jahr 1928—1929: 2500 Millionen Goldmark, bestehend aus den Zinsen der Eisenbahnobligationen, der Industrieobligationen, der Beförderungssteuer und den Haushaltmitteln. Zu den Jahresleistungen, die vom fünften Jahre — Normaljahr, das ist das Reparationsjahr 1928—29 — in Höhe von 2500 Millionen Goldmark zu übernehmen sind, sollen in den darauffolgenden Jahren Zusatzbeträge gezahlt werden, die sich nach einem kombinierten Index errechnen. Die Komponenten des Index sollen sein: a) Die Gesamtsumme der deutschen Ein- und Ausfuhr, b) die Gesamtsumme der Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts des Reichs, von Preußen, Bayern und Sachsen, wobei auf beiden Seiten die Zahlungen auf Grund des Friedensvertrages abgezogen werden sollen. c) die Güterverkehrsleistungen der Eisenbahn, d) der Gesamtverbrauch von Zucker, Tabak, Bier und Alkohol, berechnet nach den Verbraucherpreisen, e) die Bevölkerungszahl, f) der Kohlenverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung, wobei die Steinkohle zugrunde gelegt wird und die Braunkohle auf Steinkohle umgerechnet werden soll. (Schluß folgt.)

Die Berliner Presse zum Sachverständigenbericht.

Berlin, 10. April. Mit Ausnahme der völkischen „Deutschen Zeitung", die von der Versklavung Deutschlands spricht, begegnet der Sachverständigenbericht in keinem Berliner Blatt einem schroffen Unannehmbar. Die „Kreuzzeitung", die schwere Bedenken hinsichtlich der unerhört hohen Leistungen, die in dem Sachverständigenbericht der deutschen Wirtschaft aufgebürdet würden, und hinsichtlich der vorgesehenen internationalen Kontrolle der deutschen Finanz- und Wirtschaftslage äußert, erklärt dennoch, daß eine schroffe Ablehnung des Gutachtens nicht unbedingt erforderlich sei. Bei jeder Diskussion über die Sachverständigenvorschläge müßten jedoch folgende Vorbedingungen vorausgeschickt werden: Räumung des Ruhrgebiets, Festsetzung einer der Leistungsfähigkeit Deutschlands entsprechenden Gesamtsumme der Reparationsverpflichtungen und Gewähr für die Finanzhoheit. Der „Berliner Lokalanzeiger" bezeichnet den Bericht der Sachverständigen als Grundlage für Erörterungen über die Reparationsfrage, fordert jedoch von der Reichsregierung unbedingtes Festbleiben in der Frage der Micumverträge. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" kommt noch zu keinem abschließenden Urteil über die Sachverständigengutachten, betont aber, daß Deutschland sich sehr sachlich und sehr intensiv mit dem Bericht auseinandersetzen müsse. Die „Germania" schreibt: Ein besonderer Wesenszug der gegenwärtigen europäischen Politik ist das Mißtrauen. Der Sachverständigenbericht ist nicht mit diesem Vorurteil belastet. Das Komitee erklärt, es habe seine Grundsätze in jenen Gemeinschaftsglauben festgelegt, der die Grundlage aller Geschäfte und die beste Gewähr für den Weltfrieden sei. Auf den sachlichen Inhalt der Vorschläge selbst eingehend, sagt das Blatt, daß die vorgesehenen Lasten außerordentlich groß seien und daß es zweifelhaft sei, ob sie in dieser Höhe für Deutschland überhaupt tragbar seien. Daß der ganze Zahlungsplan auf der Voraussetzung beruht, daß die finanzielle und wirtschaftliche Einheit des Reiches wieder hergestellt werde, wird von dem Blatt besonders freudig begrüßt. Auch das „Berliner Tageblatt" und die „Vossische Zeitung" kommen zu dem gleichen Schluß, nachdem sie ebenfalls über die Höhe der in dem Gutachten genannten Summe schwere Bedenken geäußert haben.

Realschule Neuenbürg.

Das neue **Schuljahr** beginnt am **Freitag, den 25. April.** Die aus dem 3. und 4. Grundschuljahr neu eintretenden Schüler sollen sich im Lokal der Klasse I **morgens 8 Uhr** einfinden.

Dr. Kleinert.

Unterzeichneter setzt dem Verkauf aus:

1 Schwarzbraunwallach,
7jährig, schw. Belgier, 178 groß, ferner
1 Rappstute
(Franzose), hochträchtig, 176 groß. Beide Pferde sind gut im Zug, auch wird jede Garantie übernommen.
Friedr. Schorr, Zuffenhausen
Bachstr. 4, Telefon 271 (Bauer).

Kaufe
Kitzfelle, sowie sämtliche andere Felle
zu den höchsten Tagespreisen.
Fellhandlung **Metzler, Wildbad.**

Samenhandel ist Vertrauenssache!
Landwirtschaftl. Samen aller Art
liefert in bester zuverlässiger Ware
Otto Jung, Landesprodukten, Calw,
Telefon 80.

Hüte :: Mützen
Pelzwaren
Fabrik und Lager.
Karl Schrempf, Pforzheim,
Westliche 22.

Rheinische Creditbank, Niederlassung Herrenalb.

9. April 1924.

	Heutig. Kurs	Vorig. Kurs		Heutig. Kurs	Vorig. Kurs
Goldanleihe	4,2	4,2	Benz Akt.	5	5
3½ Dt. Reichsanl.	0,966	0,970	Buderus Akt.	12	12¼
4½ „ „	0,500	0,510	Charlottenburger Wasser Akt.	18	19
5½ „ „	0,090	0,095	Daiml. Mot. Akt.	3,3	3,8
3½ % Württ. Staatsanleihe	0,545	0,550	Gaggenau Eisen Akt.	3½	5
4½ % W. Staatsanl.	0,320	0,410	Germania Linoleum Akt.	—	9,75
5½ % Südd. Festwerthank Obl.	1,8	1,175	Harp. Bergb. Akt.	55½	55,1
5½ % Badische Kohlenanleihe	—	9	Höchst. Farb. Akt.	10½	11,5
5½ % Neckar-Goldanleihe	1,15	2	Junghans Akt.	—	9½
Dtsch. Bank Akt.	8¼	8,8	Köln-Rottw. Akt.	7	7¼
Disconto-Command. Akt.	9,1	10	Kollmar & Jourdan Akt.	22½	23,9
Reichsbank Akt.	23	22	Körting Gebr. Akt.	7	7,5
Rhein. Creditbank Akt.	2½	2,6	Laurahütte Akt.	—	11½
Württ. Vereinsbank Akt.		2½	Magirus Akt.	2,6	2,1
Hapag Akt.	21½	23,6	Mansfeld Akt.	7½	8
Nordd. Lloyd Akt.		5,4	M.E.G. Akt.	4¼	5
Allg. Lokalb. Akt.	23	—	Neckarwerke Akt.	6½	5,1
Elekt. Hochb. Akt.	33½	37½	Ind. Sichel Akt.	7½	8¼
A.E.G. Akt.	8¼	8½	Salz. Heilbr. Akt.	70	70
Bad. Anilin Akt.	14	14½	Stuttg. Jack. Akt.	3,5	3,9
			Württ. Elekt. Akt.	5,25	5,75
			Zellstoff Waldhof Akt.	8	9½

Pfahlbauten am Bodensee.

Mit Beginn der Reisezeit wird der Bodensee wieder das Ziel vieler Schönheit und Erholung suchender Menschenkinder werden. Schon in grauer Vorzeit blühte hier ein reiches Leben, in den Pfahlbauten, die den Uferrand umsäumten. Bei Unteruhldingen zwischen Ueberlingen und Meersburg) ist ein solches Pfahldorf der Steinzeit genau so wie es vor 4000 Jahren hier stand, wiedererstellt worden, nach den Ausgrabungsergebnissen des Urgeschichtlichen Forschungsinstituts Tübingen. In windgeschützter, flacher Bucht erheben sich zwei stattliche Häuser, die durch einen Steg mit dem Lande verbunden sind. Wände aus senkrechten Stämmen und Brettern, mit Lehm abgedichtet und ein mächtiges schilfbedecktes Giebeldach schirmten die Bewohner gegen Wind und Wetter. Im wohnlichen Innern, das durch Wandbemalung und Birkenrinde geschmückt ist, erblicken wir Herdstelle und Backofen, Ruhebänke und Vorratsspeicher, daneben die Geräte des Ackerbaus (Feldhacke und Pflug) und der Töpferei; der Besucher kann die Brauchbarkeit des Steinbeils im Holzspalten selbst erproben und mit der Bohrmaschine Steine durchbohren ohne Metallwerkzeuge. Ein Besuch der Pfahlbauten kann daher jedem Freund der Heimat und der heimischen Vorzeit dringend empfohlen werden.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Landtagswahl 1924.

I. Nach der Verordnung des Staatsministeriums vom 5. April 1924 (Staatsanz. Nr. 82) findet die Wahl zum **württ. Landtag**

am Sonntag, den 4. Mai ds. Js.,

statt.

II. Die bisherige Wahlkreiseinteilung ist aufgehoben. Nach dem neuen Landtagswahlgesetz bildet jeder Oberamtsbezirk einen eigenen Wahlbezirk (Wahlkreis).

III. Unter Bezugnahme auf den Erlaß des Ministeriums des Innern vom 6. April ds. Js. (Staatsanz. Nr. 83) ergeht hiemit die Aufforderung zur Einreichung von Wahlbezirksvorschlagslisten für den Wahlbezirk (Wahlkreis) Neuenbürg.

IV. Im einzelnen wird bemerkt:

Die **Bezirksvorschlagslisten** dürfen bis zu sechs Bewerber enthalten, die in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen und nach Namen, Vornamen, Stand oder Beruf und Wohnort so deutlich zu bezeichnen sind, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Bezirksvorschlagslisten müssen bei dem Unterzeichneten als dem Vorsitzenden des Bezirkswahlausschusses für den Oberamtsbezirk Neuenbürg bis **spätestens Gründonnerstag, den 17. April 1924, abends 6 Uhr,** eingereicht werden und von mindestens 10 im Oberamtsbezirk wahlberechtigten Personen (Wählervereinigung) unterzeichnet sein.

Jede Bezirksvorschlagsliste soll mit einem auf die Parteistellung der Bewerber hinweisenden oder einem anderen Kennwort versehen sein, daß sie von allen anderen Bezirksvorschlagslisten deutlich unterscheidet.

Die **Landesvorschlagslisten,** die nicht als Grundlage der Abstimmung, sondern ausschließlich zur Verwertung von Reststimmen dienen, sind beim Vorsitzenden des Landeswahlausschusses bis **spätestens Ostersonntag, den 20. April ds. Js., abends 6 Uhr, einzureichen.** Auch die Landesvorschlagslisten müssen von mindestens 10 wahlberechtigten Personen unterzeichnet und mit der amtlichen Beurkundung versehen sein, daß jeder Unterzeichner in eine Wählerliste des Landes eingetragen ist.

Im übrigen wird bezügl. der Einreichung der Bezirksvorschlagslisten der Möglichkeit ihrer Verbindung und der Einreichung der Landesvorschlagslisten auf Ziff. IX—XII des obengenannten Erlasses des Ministeriums des Innern vom 6. ds. Mts. (Staatsanz. Nr. 83, der bei den Gemeindebehörden eingesehen werden kann) hingewiesen.

Neuenbürg, den 8. April 1924. **Oberamt:** Wagner.

Schafräude.

In der Wanderschafherde des **Gottlob Böckle** aus Kaiseringen, eingestellt im Pferch bei **Gottlob Burkhardt** in **Engelsbrand,** ist der Ausbruch der Räude festgestellt worden.

Neuenbürg, den 8. April 1924. **Oberamt:** Heckel, Amtmann.

Die Taxe der Hebammen

für die normale Geburt beträgt

20 Mark.

Vergebung von Malerarbeiten.

Die **Instandsetzungs-Arbeiten, Innen-** und **Außen-Anstrich** der **Volksheilstätte Charlottenhöhe** bei Calmbach, sollen vergeben werden. Auf rasche und prompte Ausführung der Arbeiten wird ganz besonderer Wert gelegt.

Angebote an die Verwaltung.

Bezirks-Konsumverein Neuenbürg a. E.

Putz- und Waschmittel
für die Frühjahrsreinigung.

Kernseife 200 Gr. Stück **22** und **17** Pfg.,
Schmierseife Pfund **45** Pfg.,
Seifenpulver **45, 30, 25** u. **15** Pfg.,
Scheuerpulver **20** und **75** Pfg.,
Roßhaarbesen u. Handfeger,
Scheuerbürsten und Schrubber,
Scheuertücher, Stahlspäne,
Fußboden-Oel, Bohnerwachs
zu billigsten Preisen.

Ottenhausen.

Sechs bis acht

Maurer

werden gesucht.

Emil Heinkel, Maurermeister.
Baustelle: **Ittersbacher Kalkwerke.**

Farbe tragen
heißt Farbe bekennen.
v. Bismarck.

I. Vaterländischer Abend

der

Vereinigten vaterländischen Verbände Württembergs,

Ortsgruppe Neuenbürg

am Samstag, den 12. April 1924, abends 8 Uhr,
im **„Bären"-Saal**

Bismarck-Feier

unter Mitwirkung der Feuerwehr-Kapelle Neuenbürg (Dirigent Max Eitel).

Vortrags-Folge.

1. Hohenfriedberger Marsch . . . Friedr. d. Große.
2. Begrüßung . . . Herr Hauptmann Leuchtenberger.
3. Vorspruch.
4. O Deutschland hoch in Ehren . . . gemeinsames Lied.
5. Kaiser Friedrich-Marsch . . . Friedemann.
6. Festrede des Vorsitzenden der vereinigten vaterländischen Verbände Württembergs: Alfred Roth, Stuttgart.
7. Alte Kameraden-Marsch . . . Teike.
8. Gedichtvorträge.
9. Gemeinsame Lieder:
   a) Der Gott der Eisen wachsen ließ,
   b) Stolz weht die Flagge schwarz-weiß-rot.
10. Schlußwort . . . Herr Dr. Böpple.
11. Friedericus-Marsch . . . Radeck.

Saalöffnung 7 Uhr. Beginn pünktl. 8 Uhr.
Eintritt 75 Pfg.

Das Programm berechtigt zum Eintritt und ist im Vorverkauf in der „Enztäler"-Geschäftsstelle zu haben.

Zu recht zahlreicher Beteiligung an dieser vaterländischen Feier ist jedermann, der deutsch fühlt und denkt, aus Stadt und Land freundl. eingeladen.

Pfannkuch & Co

Zum

Frühjahrs-Putz:

Putztücher
Stück **60** Pfg.
Stahlspäne
1/8 Pfd.-Paket **35** Pfg.
Bohnerwachs
gelb und weiß
2 Pfund-Dose
1.60 Mark.
1 Pfund-Dose
85 Pfg.
1/2 Pfund-Dose
50 Pfg.
Bodenöl
Liter **50** Pfg.

Pfannkuch & Co

Birkenfeld.
Großträchtige

Kalbin

zu verkaufen.
Dietlingerstraße 106.

Katarrh!

Sie finden sofort Hilfe. Broschüre kostenlos durch
W. Hamann & Co.,
Stuttgart, Hohenheimerstr. 1.

Gräfenhausen.
Ein kräftiger

Junge,

der Lust hat, das **Sattler- und Tapezierhandwerk** zu erlernen, kann eintreten nach Ostern bei

Karl Rapp,
Sattler- und Tapeziermeister.

Arnbach.
Ein kleineres

Läufer-Schwein

und eine schöne

Ziege

mit Jungen verkauft
Ernst Bertsch, Landwirt.

Feldrennach.
Einen Wurf schöne

Milch-schweine

hat zu verkaufen
Ernst Schönthaler,
Maler.

Loffenau.
Setze eine 40 Wochen trächt., schwere

Nutz- u. Fahrkuh
sofort dem Verkauf aus
Friedr. Hecker, Bäcker.

Spesshardt O.-A. Calw.
Zu verkaufen:

1 Wagen

neu oder von 2 guterhaltenen Wagen die Wahl, sowie eine schwere

Schwarzwald-Ziege
mit Lämmer
Fr. Lörcher.

Stoizenberg-Fortuna

die deutsche
Schnell-Schreibmaschine.
Vertreter:
G. Köbele, Nagold
Fernsprecher 126.

Es ist Ihr Vorteil!

Nur süddeutsche erstklassige Fabrikate!

Sie fahren gut

wenn Sie Ihren Bedarf in

Schuhwaren

bei mir decken.

Meine Auswahl ist gross!
Meine Preise sind klein!
Meine Kunden sind zufrieden!

Bei mir finden Sie farbige und schwarze

Saison-Artikel

in Damen-, Herren- u. Kinderstiefel Arbeiter-, Stapel- und Luxusschuhe.

Grosse Auswahl in

Sandalen und Hausschuhen.

Schuhhaus Hertz,

Neuenbürg, alte Pforzheimerstr.,
Filiale Pforzheim, Gestliche 23, Telefon 2285.

Eigene Reparaturwerkstätte.

Nur gute preiswerte Qualitäten!

Neuenbürg.
In

Schokolade- u. Caramell-Osterhasen,

sowie sonstigen

Geschenk-Artikeln

finden Sie große Auswahl bei

Carl Pfister.

Mostessenz

„Schradertrank"

gesetzlich geschützt!
gibt den besten Haustrank. Seit Jahrzehnten bewährt. In Dosenpackung für 100 u. 150 Liter. Überall erhältlich.
Hugo Schrader vorm.
Jul. Schrader, Feuerbach-Stuttgart

Wiederverkäufer! Wirte!

kaufen Qualitätsware
in

Cigarren u. Cigaretten

nur bei

Adolf Schumacher, Stuttgart,
Militärstraße 38.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw